

## **Jedes Jahr dieselbe Scheiße!**

### **Antinationale Demo zum WKR-Ball 2011!**

*Thesenpapier der autonomen antifa [w]*

#### **Dem Ganzen voraus ...**

*Nur noch wenige Tage trennen uns von den diesjährigen antifaschistischen Protesten gegen den WKR-Ball 2011. Der passende Zeitpunkt, um unser Thesenpapier zur Diskussion zu stellen. Denn hitzige Diskussionen sind bereits über den Schwerpunkt der Mobilisierung entbrannt. Das Antinationale Bündnis [Wien], an dem wir uns selbst beteiligen, ruft weniger zur Demonstration gegen den WKR-Ball und den Burschis auf, sondern zu einer Demonstration gegen Österreich als solches. Nicht die Exzesse der bürgerlichen Gesellschaft sollen in den Fokus der Kritik gerückt werden, sondern eben jener Betrieb, der durch das Hervorbringen von Staat, Nation und Kapital getrost als Scheiße bezeichnet werden kann.*

*Bisher lassen sich vor allem zwei Formen der Kritik feststellen: Zum einen beklagen jene linken Kräfte, die mit der Sozialdemokratie oder dem Traditionsmarxismus noch nicht so recht brechen konnte, dass die Festlegung auf „antinationale“ die Kritik einer verschwindend kleinen Menge ist. Die andere Kritik versteht die Aufregung um eine antinationale Kritik nicht, denn dies seien die Proteste scheinbar schon immer gewesen.*

*Beide Seiten kritisieren zwar die diesjährige Schwerpunktsetzung aus unterschiedlichen Perspektiven, beiden gemein ist jedoch, dass sie selbst meinen nichts mit der Nation – also in diesem Fall Österreich – am Hut zu haben. Die traditionellen, internationalistischen Kräfte gehen davon aus, dass die Nation nur ein kleines Hindernis im Einsatz für die wieder einmal anstehende Revolution ist. Die anderen meinen, dass eine antinationale Kritik nun nichts Neues sei.*

*Im Zwiespalt dieser Positionen leidet die Kritik an der Nation in beträchtlichem Ausmaß. Wie unsere Genoss\*innen von TOP-Berlin schon richtigerweise feststellten, ist die Kritik an der Nation nichts Beliebigen:*

*„Kritik der Nation ist kein beliebiger Spartendiskurs zwischen Freiraumbewegung und Castor-Alarm, und schon gar keine akademische Schrulle, sondern eine politische Querschnittsaufgabe der radikalen Linken.“*

*Denn der Kritik beider, oben angeführten Positionen liegt die fehlerhafte Einschätzung zu Grunde, dass die Kritik an der Nation, Kritik am Nationalismus sei. Es verwundert kaum, dass im selben Atemzug der Nation der Nationalismus folgt. Dass sich unsere Kritik jedoch nicht an ausgewiesenen Nationalist\*innen (antinationalistische Kritik) festmacht, sondern an der Nation als objektive Gedankenform, d.h. als Basis der Identifikation mit den herrschenden Institutionen, geht in solchen Diskursen regelmäßig unter. Es überrascht nicht, dass eine ausformulierte Kritik der Nation ein Schattendasein fristet. „Dass alle Nazis sind und sowieso alles scheiße ist“, sei sowieso allen klar. Damit haben wir keine neue Entdeckung gemacht. Unter dieser hohlen Phrasendrescherei leidet jedoch eine materialistische Analyse, die den Handzettel der Kritik nicht immer nur unter den Verweis des Nationalsozialismus ausstellt (und er somit regelmäßig auch relativiert wird).*

*Denn haben wir mit den hier skizzierten Thesen auch nur einen Funken an Wahrheit getroffen, gehen wir davon aus, dass weder das Gesellschaftsbild der Burschenschaftler hegemonial ist, noch alles „Böse“ im Alpenstadel mit dem Verweis auf Postnazismus erklärt werden kann. Ganz im Gegenteil: Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich ein eigenständiges, österreichisches Bewusstsein herausgebildet. Ebenso fand und findet eine Modernisierung diverser Herrschaftsmechanismen statt.*

*Kritik der Nation ist weder eine metaphysische Angelegenheit, noch erschöpft sie sich darin, kulturelle Wesenszuschreibungen zu kategorisieren. Kritik an der Nation Österreich muss immer die Reflexion des Nationalsozialismus beinhalten. Nach wie vor ist die Vernichtung des Nazismus mit all seinen Wurzeln unsere Losung. Österreich und seine Fans haben es durch eine zur Staatsdoktrin erklärte „Opferthese“ geschafft eine Identität zu entwickeln, deren Implikationen wesentlicher Errungenschaften des Nationalsozialismus von elementarem Bestandteil ist. Deswegen alle als Nazis zu bezeichnen, wäre in Österreich zwar verständlich, würde jedoch zu kurz greifen. Denn eine kritische Theorie der Nation muss erklären, welcher Zusammenhang zwischen nationalistischen Exzessen und bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung besteht.*

*Hier anknüpfend ist unsere Arbeit zu sehen. Uns wird und wurde mehrmals eine ökonomistische bzw. eine funktionalistische Interpretation von Herrschaft unterstellt. Dem können wir alleine deswegen schon nicht zustimmen, da wir keinen Funktionalismus betreiben, sondern Kritik an der Form bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung – also Formkritik. Wir weisen nationale Ideologien als „objektive Gedankenform“ aus und sehen Nation nicht als Ausdruck der „herrschenden Klasse“, sondern als Ideologie: Auf der einen Seite fußt das bürgerliche Selbstverständnis auf der Idee der Gleichheit, dem gegenüber steht die ständige Konkurrenz. Gleich sind die Bürger\*innen jedoch nur formal, d.h. entweder gegenüber dem Souverän oder dem Tod. In der Realität jedoch führt der alltägliche Konkurrenzwahn zwangsläufig zu Hierarchien und praktischer Ungleichheit. Die Nation als Ideologie konstituiert sich als Prinzip, in dem diese Gleichheit jedoch wieder hergestellt wird. „Wir sind doch alle Österreicherinnen und Österreicher“, so das Motto der beklagenswerten Veranstaltung. Mit der nationalen Identität werden die alltägliche Frustration und die Widersprüche des Bestehenden aufgehoben. Die Nation vermittelt das Gefühl, jenseits der alltäglichen Konkurrenz liegt eine Anlaufstelle für alle der Nation angehörigen Personen. Sie bietet somit vermeintlichen Schutz und Sicherheit. In dieser Systemlogik verliert sich die Gefühlswelt der Bürger\*innen. Diese Anlaufstelle ist jedoch nicht nur ein exklusiver Betrieb für einige wenige (und führt somit regelmäßig zu Abschiebungen), sondern bietet dem ansonsten vereinzelt Individuum ein Zwangskollektiv an – d.h. eine Gemeinschaft, zu der es gehört.*

*Die Schwierigkeit, und damit der Grund der ewigen Verwechslung der Kritik an der Nation und einer Kritik am Nationalismus besteht darin, dass die Nation sich lediglich in der Vorstellung der Individuen entfaltet. Empirisch existiert sie nicht. Als objektive Gedankenform, und somit nicht einfach als ausgewiesener Nationalismus, ist sie jedoch nur dann zu begreifen, wenn sie als Grundkategorie bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft begriffen wird. Daher kann sie auch nicht als „falscher“ Gedankengang bezeichnet werden, dem einfach mit den „richtigen“ Argumenten beizukommen ist.*

*Aus diesem Grund bekommt der Kapitalismus auch heute noch einiges von uns ab. Wir liefern keine abschließenden Welterklärungen, noch glauben wir diese gefunden zu haben. Über jede Kritik, sei sie noch so harsch, freuen wir uns natürlich. Unsere Arbeit zu den diesjährigen Protesten soll über den konkreten Anlass hinausgehen. Wie dies genau aussieht wird sich in den nächsten Wochen zeigen. In unserem Thesenpapier finden sich keine ausformulierten Abhandlungen, sondern der Versuch einer antinationalen Positionsbestimmung.*

*Viel Spaß beim Lesen,  
autonome antifa [w]*

### **Wien im Jänner ...**

Am 28.01.2011 ist es wieder einmal so weit. Der jährliche Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) findet zum 58. Mal in einem der repräsentativsten Gebäude der Alpenrepublik, der Wiener Hofburg, statt. An die zwanzig lokalen Studentenverbindungen organisieren sich im WKR, deren politische Ausrichtung sich zwischen „national-freiheitlich“, völkisch-deutschnational und offen rechtsextrem bewegt. Die Proteste gegen den WKR-Ball der letzten Jahre wie auch die medialen Debatten um einflussreiche Burschenschafter, wie den Olympen und dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, rückten die Scharnierfunktion der studentischen Verbindungen zwischen FPÖ und Neonazismus ins öffentliche Bewusstsein.

Seit Jahren wird der Ball von bis zu 2.000 Personen besucht. Neben Politprominenz von FPÖ und BZÖ, die ihr völkisches Tanzbein zum Ruhme der deutsch-österreichischen Nation schwingen, läuft dort auch die gesamte, geladene Politprominenz des „bedrohten Abendlandes“ auf, um es den deutschnationalen Freaks gleich zu tun. So nutzten bisher jedes Jahr diverse Funktionär\*innen rechter und rechtsextremer europäischer Parteien die Abendveranstaltung zum reaktionären Schaulaufen. Angefangen von „pro Köln“- und „pro NRW“-Delegationen aus Deutschland, über Jean-Marie Le Pen (Front National/Frankreich), Frank Vanhecke (Vlaams Belang/Belgien), bis zum russischen Nationalisten und Antisemiten Alexander Dugin. Alle sind dabei.

So konnte es folglich nicht lange dauern bis antifaschistische Interventionen den WKR-Ball aus seiner medialen Grabesruhe hievten, und sich Politiker\*innen unterschiedlicher Parteien zur Distanzierung genötigt sahen, nichtsdestotrotz findet der Ball auch heuer wieder in der Wiener Hofburg statt.

Kriminalisierung und staatlicher Verfolgung waren bisher all jene ausgesetzt, die 2010 gegen das Burschenfest auf die Straße gingen. Nachdem der antifaschistische Protest durch die Polizei niedergeprügelt wurde, fanden mehr als 700 Personen Verwaltungsstrafen in ihren Briefkästen. Mehreren Personen wurden strafrechtliche Gerichtsverfahren angehängt – die Begründungen waren mehr als nur absurd.

### **Burschis adé ?**

Nervig wie wir jedoch sind gehen die Proteste auch dieses Jahr weiter. Burschenschafter repräsentieren ein rassistisches, antisemitisches, sexistisches und homophobes Weltbild. Sie verhindern die Aussicht auf eine befreite Gesellschaft endgültig. Es gibt daher mehr als genug Grund

gegen Burschenschafter und ihr reaktionäres Weltbild auf die Straße zu gehen. Ohne, aber auch trotz polizeilicher Prügelorgien.

Während der emanzipatorische Anspruch einer linksradikalen Kritik, jene Verhältnisse aufzuheben die diese Skandale regelmäßig hervorbringen, als bloße Gewalt denunziert wird, schweigt die Mehrheitsgesellschaft über jene Ideologiefragmente die Burschenschafter und Konsort\*innen als Rohstoff ihres exzesshaften Rechtsextremismus dienen. Wer jedoch von Rechtsextremismus als militanter Steigerung bürgerlich-kapitalistischer Werte nicht sprechen will, sollte von Burschenschaftern lieber schweigen. Eine Kritik dieser eskapadenhaft erscheinenden Skandale muss an den Wurzeln jener bürgerlichen Vergesellschaftung ansetzen, die zwangsläufig Herrschaft und Ausschluss produziert.

Den antifaschistischen Protesten ist es in Ansätzen gelungen das burschenschaftliche Event und die deutschnationalen Studentenverbindungen weitestgehend medial und gesellschaftlich zu delegitimieren. Es zeichnet sich ab, dass ihre Deutschtümelein für die aktuellen Zwangslagen globaler, kapitalistischer Konkurrenz weit weniger gesellschaftliche Relevanz als früher besitzen. Denn ein Blick auf die österreichische Geschichte zeigt eines: Sie war immer „deutsch“.

### **Wenn die Germanen aus der Vergangenheit gestrichen werden:**

#### **Österreich ein „wahres Opfer“...**

Die Geschichte einer Nation ist die Geschichte eines Staatsverhältnisses in mystifizierter Form. Alle Ereignisse in Geschichte, Ökonomie oder Kultur werden in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Nation interpretiert, welche immer auf einen realen oder noch zu erreichenden Staat abzielt. Dass hier die nationale Geschichtsinszenierung – je nach aktuellen Erfordernissen – von Auslassungen und Mythen nur so strotzen ist wohl logisch. Es geht folgerichtig weniger um die Forderung einer „richtigen“ Geschichtserzählung, als um eine Kritik an der nationalen Geschichtsinszenierung als notwendigen Bestandteil nationaler Identitäten.

Dabei ist es kaum verwunderlich, dass die österreichische Geschichtsinszenierung voll von Lügen und Verdrehungen ist. Gerade wenn es um das heutige Österreich geht ist die historische Frage nach dessen Entstehung eine wesentliche.

Mit der einstigen Habsburger Monarchie stellte der heutige Zwergenstaat damals einen der wichtigsten Player in Europa dar. Vor allem politisch nahm die Monarchie eine Schlüsselrolle ein: In der Bekämpfung alles Emanzipatorischen was damals aufgeboten wurde. So war Wien nicht umsonst der Austragungsort des „Wiener Kongresses“. Bevölkerungstechnisch waren die Deutschsprachigen gegenüber der verschiedenen Slawischsprachigen jedoch in der Minderheit. Daher dürfte die Parteienübergreifende, deutschnationale Orientierung nicht verwundern. Alle sprachen von „deutscher Kultur“, die es zu verteidigen und zu verbreiten galt. Gemeint war damit nichts anderes als die sozialen Privilegien der deutschsprachigen Bevölkerung auf Dauer aufrecht zu erhalten. Auch die Sozialdemokratie stimmte in diesen Kanon mit ein: So gelang es ihr, den Deutschnationalismus mit „fortschrittlichen“ Klassenargumenten in der Arbeiter\*innenklasse zu festigen – dies ist bis heute bemerkbar.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie sah die Sozialdemokratie „die Deutschen“ in Österreich, gleich jedem anderen Bevölkerungsanteil, von der Habsburger Monarchie unterdrückt. Sie forderten das, was allen anderen Nationen auch „zustand“: Das Recht auf nationale Selbstbestimmung – ergo den Anschluss an Deutschland. Somit wurde die Stellung der deutschsprachigen Bevölkerung als „Herrenvolk“, welche sich als staatstragende Kaste der Habsburger Monarchie ökonomisch und kulturell behauptete, geleugnet und bewusst ignoriert. Die neu gegründete Republik hieß nicht zufällig Deutsch-Österreich. Dadurch sollten jegliche Missverständnisse über die „wahre“ Bestimmung im Vorfeld ausgeräumt werden.

Mit dem Anschluss ans deutsche Reich und der Machtübergabe an die Nationalsozialist\*innen wurde dann auch das Ziel erreicht, welches sich die „Volksgenoss\*innen“ so gern herbeisehten, und so lies es sich auch der Sozialdemokrat Karl Renner nicht nehmen, den Anschluss ans deutsche Reich „freudigen Herzens“ zu begrüßen.

Auch heute scheinen die Sozialdemokrat\*innen die Losung ihres geliebten Apostels Bruno Kreisky „Lernen S' a bisserl Geschichte.“ nicht ganz ernst zu nehmen, wenn der einstige Burschenschafter Michael Häupl schreibt:

*„Der Nationalsozialismus war zwar imstande für sieben Jahre Österreich von der Landkarte zu löschen, doch es sollte sich zeigen, dass er nicht in der Lage war, das Selbstverständnis der ÖsterreicherInnen zu tilgen. Im Gegenteil: Gerade diese Annexion Österreichs bildete die Grundlage für ein stetig steigendes Österreichbewusstsein.“*

Ohne Zweifel, dieses Bewusstsein gibt es heute, doch hat dies herzlich wenig mit der Abgrenzung oder der Aufarbeitung des Nationalsozialismus zu tun. Denn während breite Teile der Sozialdemokratie fleißig in die Hände klatschten als das Land „Heim ins Reich“ kehrte, waren es dann doch die österreichischen Kommunist\*innen die an der Konstruktion der Eigenständigkeit des österreichischen Volkes bastelten. Die Alliierten haben dem Nationalsozialismus vorzeitig militärisch ein Ende gesetzt, nicht der breite „Widerstand“ des österreichischen Volkes. Ganz im Gegenteil: Viele Österreicher\*innen fanden in der Kaderschmiede des NS-Regimes zu sich selbst und nicht im Widerstand gegen diesen. Die Gründung der Nation Österreich fand gegen den Willen der „Volksgenoss\*innen“ statt und hängt mit den damaligen politischen Interessen der Alliierten zusammen. Von dem so vermeintlich fortschrittlichen Konzept, welches Kommunist\*innen im Exil entworfen haben, bleibt lediglich der Opferstatus Österreichs über. Dieser bietet eine wohltuende Entlastung der österreichischen Bevölkerung, sind sie dadurch doch von der Schuldfrage „befreit“. Ebenso ermöglichte dieser das kontinuierliche Festhalten an einer deutsch-österreichischen Nation, ohne sich den Verbrechen des NS offen stellen zu müssen.

Die nationale Identität hatte so wieder einen positiven Bezugsrahmen und war die nächsten Jahrzehnte von einer Schuld- und Erinnerungsabwehr als Staatsideologie gekennzeichnet. Die Selbstinszenierung als „erstes Opfer“ hatte weniger mit Informationsmangel über die tatsächlichen Vorgänge während der NS-Zeit zu tun als mit der handfesten Notwendigkeit nationaler Ideologie, die eigene Nation als eine gute darstellen zu müssen. Da die nationale Inszenierung einer Jahrhunderte alten Geschichte als vorpolitische, außerökonomische Identitätsbegründung zwar immer

widersprüchlich ist, aber dem eigenen Anspruch nach auch die NS-Zeit irgendwie mitreflektieren musste, bot die maßlose Übertreibung eines österreichischen Widerstands für die Staatsbürger\*innen eine willkommene Entlastung, ohne weiteres konnte man sich nun mit der österreichischen Nation identifizieren.

Österreich, als deklariertes „erstes Opfer“ des Nationalsozialismus, übernahm dann fleißig die Errungenschaften aus dem NS, die es bis heute prägen. Die materielle Grundlage für die Zweite Republik war großteils durch die auf Zwangsarbeit beruhende Modernisierung während des NS gegeben. War Österreich vor dem Anschluss ein vormoderner, agrarisch geprägter Staat, so schaffte der NS mit seinen Industrien, welche auf die Vorbereitung und Durchsetzung eines großangelegten Angriffs- und Vernichtungskriegs hin operierten, die Grundlage für den Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das wohl bekannteste Beispiel ist die „Vöst“ – oder damals „Hermann-Göring- Reichswerke“.

Im Zuge der Totschweigung der eigenen nationalsozialistischen Verbrechen diente – und dient bis heute – die als „Austrofascismus“ bezeichnete Epoche als Sinnbild des eigenständigen widerständischen und „antideutschen“ Österreichs. Dieses Österreich fungierte jedoch nicht nur als ideologischer Wegbereiter des Nationalsozialismus, sondern schuf unter dem System des Ständestaates ein unterwürfiges Sozialpartnerschaftsdenken welches Kapital, Arbeit und Staat bis heute unter einem nationalen Dach zu vereinen weiß. Die Ansprüche des Standorts werden unhinterfragt hingenommen und die eigenen Interessen dem „nationalen Gemeinwohl“ untergeordnet: Österreich im Jahre 2011 lässt grüßen.

Dass sich unter der Bevölkerung dennoch ein Österreich-Patriotismus durchsetzen konnte, der selbst die FPÖ von ihrer Deutschtümmelei weitgehend abrücken und sich heute als die einzig wahren Vertreter österreichischer Interessen inszeniert lässt, hat vor allem zwei Gründe: Erstens seine Nützlichkeit bei der Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit und zweitens seine später einsetzende materielle Notwendigkeit. Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft wurde zu einer österreichischen „Volksgemeinschaft“ transformiert, in der sich Staat, Arbeit und Kapital gemeinsam um das Wohlergehen ihrer kleinen Nation sorgen.

### **... oder nicht mehr ins Bild passen: Rot-weiß-rote Zukunft.**

Dass sich das national-identitäre Gefühl trotz der „deutschen“ Vergangenheit vielmehr an den Farben rot-weiß-rot als an schwarz-rot-gold entzündet, ist nicht nur seit der letzten EM bekannt. Der Bezugsrahmen für Ansprüche und soziale Leistungen ist der österreichische Staat, dieser wird als zuverlässiger Garant gegen die Bedrohung krisenhafter Vergesellschaftung imaginiert, da er sich der materiellen Versorgung des Staatsvolkes verschrieben habe.

Die Empörung der „aufrichtigen“ Staatsbürger\*innen artikuliert sich auch nicht durch eine völkische Blut-und-Boden-Ideologie, wie bei den Burschis, sondern über eine Modernisierung rassistischer Denkmuster. Das Gesellschaftskonzept der Burschenschaftler passt in vielerlei Hinsicht nicht in die Sehnsüchte des österreichischen Staates und seines Fan-Clubs. Schon gar nicht dann, wenn es um den Standort im 21. Jahrhundert geht, denn für diesen ist der völkische Rassismus sogar ein entscheidender Standortnachteil. Den gesetzlichen Änderungen muss ebenso ein ideologischer

Wandel der Bevölkerung folgen. Dem Staat die Ernsthaftigkeit abzusprechen, für eine Abschwächung des völkischen Rassismus einzutreten, wäre falsch, denn gerade hier entfaltet sich der zivilgesellschaftliche Antifaschismus. Doch in gesellschaftlichen Spannungsfeldern taucht der völkische Rassismus schneller wieder auf als befürchtet.

Denn eines haben jedoch alle gemeinsam. Egal ob liberale, deutschnationale oder Standortnationalist\*innen, sie beziehen sich alle positiv auf die Nation. Das macht Burschenschaften im Vergleich zu den „Normalo-Ösis“ keineswegs harmloser, noch werden sie damit zu unpolitischen Saufkumpanen relativiert. Sie zeigen vielmehr etwas über den österreichischen Normalzustand auf. Die Identifikation mit der österreichischen Nation hat sich für die durch Tauschverhältnisse vereinzelter Individuen durchgesetzt. Den meisten Menschen hierzulande erscheint ihre Zugehörigkeit zur österreichischen Nation als „natürlicher“ Bestandteil ihrer Identität.

Die Standortnationalist\*innen der Regierung umgehen den dumpfen Deutschnationalismus und präsentieren sich im Gegensatz dazu weit moderner als die „bergdeutschen Germanen“ der Burschenschaften.

Im Jahr 2011 werden wir mit der „Rot-Weiß-Rot-Card“ beglückt. Diese soll die bisherigen Zuwanderungsquoten für Bürger\*innen aus Nicht-EU-Staaten ersetzen. Geht es nach der „Schottermitzi“ (*Anm.: Spitzname der amtierenden Innenministerin Maria Fekter, ÖVP*) soll damit die zahlenmäßige Beschränkung der Migrant\*innen fallen, dafür aber nur jene kommen, die ihren Beitrag zum Alpenstadel leisten, selbstverständlich im Sinne der ökonomischen Verwertbarkeit.

Präsentieren sich die Standortnationalist\*innen also weit moderner, aufgeschlossener und weltoffener, ändert es am rassistischen Charakter der kapitalistischen Verhältnisse herzlich wenig. Das kapitalistische System benötigt Differenzierungen wie z.B. Geschlecht und Nation, um das Konkurrenzprinzip weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die Einteilung der Standortnationalist\*innen in „nützlich“ oder „nutzlos“ ist aber nicht die entscheidende rassistische Charakteristik der „Rot-Weiß-Rot-Card“, sondern die Tatsache das Migrant\*innen erst nach Erbringung einer gewissen Leistung überhaupt Anspruch auf eben die „Sozialleistungen“ haben, welche Österreicher\*innen von Geburt anzustehen.

### **Heimat bist du großer Söhne ...**

Die Modernisierung diverser Herrschaftsverhältnisse von den Exzessen deutschnationaler Burschenschaften hin zum vermeintlich Modernen und Progressiven zeigt sich jedoch nicht nur anhand des Rassismus. Mit der Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert entstand eine tiefe Trennung zwischen Hausarbeit und Lohnarbeit. Aufbauend auf bereits vorhandene Rollenvorstellungen entwickelten sich klare „Geschlechtscharakteristika“: Die Frau, die auf Heim und Kind aufpasst, dabei putzt und kocht. Dies ist für die meisten einfach „natürlich“.

„Moderne“ Geschlechterrollen und Kapitalismus sind gleichzeitig entstanden. Erst seit dem 18. Jahrhundert setzte sich die abstrakte Arbeit gesellschaftlich im vollen Umfang durch, und somit kam es zu einer Ausdifferenzierung von Produktions- und Reproduktionsarbeit, die es in den Subsistenzwirtschaften so noch nicht gab. (*Carol Hagemann-White weist sogar darauf hin, dass es*

*streng kategorial gesehen vorher noch kein „modernes System von Zweigeschlechtlichkeit“ gegeben habe.)*

Doch seitdem haben sich Familienstrukturen deutlich geändert. Nicht nur, dass es für den Kapitalismus einfach nicht mehr leistbar ist Frauen zur reproduktiven Arbeit zu degradieren oder gar aus dem Arbeitsprozess ganz auszuschließen, eine kämpfende Frauenbewegung hat dem Männer-Wahn einen Strich durch die Rechnung gemacht. Weder das Rollenbild des 19. Jahrhunderts, noch das der Burschenschafter sind repräsentativ für die geschlechtsspezifische Trennung im 21. Jahrhundert. Dennoch: Weder Frauenministerium noch staatliche Antidiskriminierungsgesetze können über die Tatsache hinweg täuschen, dass auch heute noch 90% der Alleinerziehenden Frauen sind, oder sexistische Verhaltensweisen alltäglich sind.

Aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise kommt es in ihm immer zu einer Aufteilung in Produktion und Reproduktion. Die Reproduktionsarbeit wird in der Regel nicht entlohnt und genießt weniger Ansehen als die Produktionsarbeit. Historisch wurde diese, im Kapitalismus notwendige Arbeit, meist von Frauen geleistet und ging mit ideologischen Zuschreibungen einher, nachdem sich die Subjekte angeblich von „Natur aus“ in je einer dieser beiden Sphären befinden, und damit auf sie entsprechende „natürliche“ Eigenschaften projiziert wurden. Dies führt auch dazu, dass indem sich die Subjekte in einer anderen Produktionssphäre befinden diese angeblichen „natürlichen Wesenszüge“ weiterhin an ihnen kleben bleiben. Dies kommt zuletzt in der ungleichen Bezahlung (und meist auch ungleichen Arbeiten) der Geschlechter zum Ausdruck. Frauen dienten historisch in viel stärkerem Maße als Teil der Lohnarbeits-„Reservearmee“ als Männer.

Wenn sich der Staat Österreich also durch Frauenwahlrecht oder Kindergeld als „größter Feminist“ überhaupt präsentiert, muss noch einmal festgehalten werden, dass es kein Automatismus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft war der diese Errungenschaften hervor gebracht hat, sondern Feministinnen die dafür kämpften. Doch der staatliche Einsatz für vermeintlich feministische Angelegenheiten lässt sich nicht mit der „richtigen“ Einsicht erklären, welcher dieser nun habe: Sexismus auf allen Ebenen zu bekämpfen. Auch sind es nicht rein ökonomische Intentionen die dahinter stecken. Das staatliche und nationale Interesse manifestiert sich in der bürgerlich-kapitalistischen Familien- und Bevölkerungspolitik. Die spezifisch kapitalistische Trennung zwischen reproduktiver und produktiver Arbeit bestimmt auch das Gefüge der Nation. Denn auch die Nation, wie wir sie heute vorfinden, fand ihren Einzug in die Menschheitsgeschichte mit der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Doch es ist weniger die Angst der deutschnationalen Burschenschaften um die „Verunreinigung des eigenen Blutes“ die das heutige Österreich plagten. Im gegenwärtigen Diskurs wird die Zukunft Österreichs als abhängig vom kontinuierlichem Wachstum der Bevölkerung erachtet, auch Immigration durch „qualifizierte Zuwanderung“ (siehe Rot-Weiß-Rot-Card) ist diesem Anliegen dienlich. Durch gezielte Politik sollen jedoch hauptsächlich in Österreich geborene Frauen angesprochen werden und zum Kinder bekommen ermuntert werden.

Bei den feministischen Diskursen um die reproduktiven Rechte von Frauen muss daher die nationale Dimension berücksichtigt werden, ansonsten kommt es zur Ausklammerung wesentlicher Aspekte.



Ebenso darf bei der Kritik der Nation der geschlechtsspezifische Charakter und die patriarchalen Interessen der Bevölkerungspolitik nicht ausgeblendet werden. Dies zeigt sich auch bei der nationalen Bevölkerungsplanung, die sich unter anderem in Abtreibungsgesetzen niederschlägt. Einerseits ist die Illegalisierung von Abtreibungen mit dem Interesse verbunden, dass „unser Volk“ nicht „ausstirbt“, andererseits gibt es gesetzliche Ausnahmen, welche die Abtreibung von Embryos, denen Trisomie 21 diagnostiziert wurde, erlauben (zur Sicherstellung der „Reinhaltung“ des nationalen „Genpools“ – schließlich geht es um die „Gesundheit“ zukünftiger Arbeitskraftbehälter). Feministische Kämpfe die nicht zu gleich gegen die Nation gerichtet sind, laufen Gefahr sich für die Planung nationalstaatlicher Bevölkerungspolitik gemein zu machen.

Wenn es um zukünftige Bürger\*innen geht, also um zukünftige Arbeitskräfte, so gilt es die bürgerliche – autoritäre – Familie zu schützen und zu finanzieren. Dieses Regelwerk wird durch den Staat zementiert. Dabei lässt die gesetzlich normierte Zweigeschlechtlichkeit kein Dazwischen gelten. Staat und Nation waren schon immer ein patriarchales Konstrukt – daran ändert weder die modernisierte Variante des Staates etwas, noch andere Reformen im bestehenden System. Der Kapitalismus wird nicht angenehmer, wenn gleichgeschlechtliche Ehen eingegangen werden können oder weil es die Pille gibt. Emanzipation jenseits der Geschlechterverhältnisse bedeutet eben nicht nur das gleiche Recht zu haben oder im gleichen Maße ausgebeutet zu werden.

Diejenigen welche meinen, Geschlecht – und damit ein asymmetrisches Herrschaftsverhältnis – im Kapitalismus unabhängig von diesem analysieren zu können, bewegen sich unbewusst auf dem Niveau der bürgerlichen Zweiweltenlehre. Stattdessen gilt es die kapitalistische Totalität als Ganzes zu begreifen, weswegen es verkürzt ist „das Geschlecht des Kapitalismus“ (Roswitha Scholz) als Nebenwiderspruch zu begreifen, oder die Ökonomie als Nebenwiderspruch des Geschlechts zu analysieren.

Aktuell ist dieses Verhältnis nicht aufgehoben sondern dynamisiert sich; somit werden die Geschlechterhierarchien zwar durchlässiger, aber dennoch verschwinden sie nicht. So können Frauen z.B. in die Cheftage aufsteigen, aber verdienen trotzdem weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen, meist mit Migrationshintergrund, leisten die „typisch weibliche“ Reproduktionsarbeit bei geringerer Bezahlung – für die Karriere machenden Frauen: Hieraus wird ersichtlich, dass ein nicht antikapitalistischer Feminismus zynisch ist. Auch Männerrollen dynamisieren sich in der Postmoderne, ohne sich jedoch aufzulösen.

### **Geliebtes Europa: Das Abendland in Krisenhand.**

Wenn nun also die in der Zeit ein wenig hängen gebliebenen WKR-Germanen ihr Tanzbein für das völkische Erbe „Großdeutschlands“ schwingen, sind andere damit bedient dem kapitalistischen System ein modernisiertes Antlitz zu verschaffen. Immerhin soll die Anstalt in der wir unser Leben fristen müssen zumindest halbwegs erträglich gemacht werden. So notwendig dies auch sein mag, ändert es jedoch an der Tatsache wenig, dass dem von Krisen geprägten Scheißsystem nicht mit Reformen beizukommen ist. Das einzig sinnvolle wäre dessen komplette Abschaffung um die Verwirklichung einer befreiten Gesellschaft überhaupt zu ermöglichen. Wäre folgerichtig die Gesellschaft jenseits von Staat, Nation und Kapital die logische Einsicht während der Krise gewesen –

angesichts der Normalität sowieso – so waren es dann doch rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien die europaweit als Nutznießer\*innen der Krise hervorgegangen sind. Und während die Standortnationalist\*innen um die Modernisierung ihres ganz normalen Wahnsinns bemüht sind, macht diese Modernisierung nicht einmal vor jenen halt, deren Bemühungen sich gegen alles Fortschrittliche der Welt richten.

Denn auch hier lässt sich abzeichnen was oben bereits angeschnitten wurde. Mit dem bloßen Verweis auf Postnazismus und einer deutschnationalen Vergangenheit lassen sich Parteien wie der FPÖ und ihrer Transformation nicht mehr beikommen. Zweifelsohne, die postnazistische Tradition Österreichs hat dazu geführt, dass sich so einiges das hier seinen Anfang nahm europaweit ausbreitete. Hierfür steht besonders das Jahr 2000 mit der schwarz-blauen Regierung. Trotz unzähliger parteiinterner Streitereien und dem so „tragischen“ Tod ihrer Galionsfigur Jörg Haider konnte die FPÖ an ihre alten Erfolge anknüpfen. Für die geschichtliche Tradition Österreichs steht vor allem die Tatsache, dass die FPÖ eher die Auszeichnung des Rechtsextremismus verdient – im Unterschied zu der eher abgeschwächten Variante des Rechtspopulismus.

Eine rechtsextreme FPÖ, rechtspopulistische Bürgerinitiativen, offener Neonazismus, modernisierter Standortnationalismus und deutschnationale Burschenschaften – das ist Österreich im 21. Jahrhundert. So kompliziert es klingen mag, ist es nicht.

Unverständlich wird es nur dann, wenn der Verweis auf Postnazismus alles zu erklären versucht was die FPÖ so treibt. Trotz der österreichischen Spezifika kommt die Transformierung eines postmodernen Rechtsextremismus europaweit zu Tage. Im Sinne eines Rechtspopulismus taucht die Modernisierung hauptsächlich in Ländern mit einer liberalen Vergangenheit auf, der Rechtsextremismus knüpft hingegen an bestimmte historische Traditionen an wie die des Neonazismus.

Der Rechtsextremismus spricht nicht offen von „Rasse“ oder „den Juden“, sondern von „Kultur“ oder „den internationalen Finanzzentren“. Dieser unterscheidet sich vom Neonazismus meist nur durch seine „gemäßigte“ Artikulation. Die Gründe sind zum einen judikative Vorschriften wie das Verbotsgesetz, zum anderen die bereits erwähnte Verpönung seit dem Nationalsozialismus. Die zurückhaltende Verwendung eines rassistischen und antisemitischen Sprachgebrauchs kommt der Modernisierung des Rechtsextremismus jedoch zu Gute, und knüpft an die öffentliche Außenwirkung an. Mit dieser Einsicht lässt es sich verstehen warum ein brauner Unterton regelmäßig in die FPÖ einfließt.

Mit der Verschiebung eines offenen NS-Vokabulars zur zurückhaltenden Beklagung über „die gierigen Hochfinanzen“ und „die da oben“ erleichtert sich jedoch die Anschlussfähigkeit an den Rechtspopulismus. Dessen Aufstieg liegt in den Wahlerfolgen der französischen „Front National“, dem belgischen „Vlaams Belang“, der dänischen „Dansk Folkeparti“ oder der niederländischen „Partij voor de Vrijheid“ begründet. Alle diese Parteien finden sich in Ländern mit einer eher liberalen Vergangenheit wieder. Zumindest weit liberaler als das immer schon um seine eigenen Rückständigkeit bemühte Österreich. Zu vielen dieser Gruppierungen pflegt die FPÖ gute Verbindungen, denn die gemeinsame Schnittmenge definiert sich weniger über die Blut-und-Boden-

Ideologie des Deutschnationalismus als über kulturalistische „Werte“, denn während Burschenschafter und andere Nazis nach wie vor ihr Heil im „Deutschen“ suchen, sieht die FPÖ die untergehende Titanic in ihrem zur unverrückbaren Kultur hochstilisierten „Abendland“. Es geht weniger um einen offen zur Schau gestellten völkischen Rassismus als um einen Ethnopluralismus, an dem auch gemäßigte politische Positionen wie die der ÖVP oder SPÖ leicht Anknüpfungspunkte finden. Europa wird zu einer weiteren Ebene der kollektiven Identifizierung. Dass dieses Europa dann weniger geographisch als kulturell begriffen wird versteht sich von selbst; es ist kein Europa im Sinne der „Brüsseler EU-Bürokratie“ hinter dem sich bekanntlich auch irgendwelche „gierigen Personen“ verstecken, sondern ein Europa der „Völker und Nationen“. Die Identifizierung hiermit erfolgt über die „Kultur“ und nicht über das „Blut“.

Es sollte nicht weniger überraschen, dass auch hier einige historische Wissenslücken aufkommen. Denn dieses Europa wird als ein „christlich-aufgeklärtes“ definiert, die Aufklärung völlig ahistorisch als Fortsetzung des Christentums umgelogen. Dass sich die Aufklärung erst gegen das Christentum durchsetzen musste, scheinen einige schon vergessen zu haben. Ein Blick auf das geistesgeschichtliche Museum Tirol mit seinem Andreas-Hofer-Gedenkjahr 2009 sollte es wieder in Erinnerung rufen. Aber bleiben wir bei der Moderne: Diese ist bekanntlich in gewissen österreichischen Bundesländern erst zwanghaft und mit einer zeitlichen Verschiebung angekommen. Beim Rechtspopulismus und der modernisierten Form des Rechtsextremismus wird die „Kultur“ zu etwas Unveränderbarem und Ahistorischem umfunktioniert, welche sich in wesentlichen Punkten von „der Kultur der Anderen“ unterscheiden soll. Diese „Anderen“ sind „arbeitsfaul“ oder wollen sich aufgrund ihrer „kulturellen Andersartigkeit“ nicht „integrieren“. Diese Kulturalisierung und die damit einhergehende Naturalisierung sozialen Verhaltens ist jedoch nichts anderes als die Umdeutung sozialer Konflikte im kapitalistischen System.

Ein weiteres Merkmal der transformierten Rechten ist ihr Verhältnis zur Demokratie. Während der klassische Faschismus sein Feindbild in der parlamentarischen Demokratie sah, versteht die moderne Rechte sich heute gar als wahrer Vertreter dieser. Mit Volksbefragungen und Abstimmungen wird Stimmung gegen „die da oben“ gemacht. Doch auch hier impliziert ihr Verständnis keine parlamentarische Demokratie im Sinne der Aufklärung, sondern eine plebiszitäre Demokratie aufbauend auf einem „gesunden Volksempfinden“. Somit lässt sich erklären warum die neuen Formen des Rechtsextremismus die bürgerliche Demokratie zwar von innen aushöhlen, sie formal jedoch aufrecht erhalten.

Es wurde gezeigt, dass die These des österreichischen Sonderwegs als Erklärung alleine nicht ausreicht. Die Rechte transformiert sich ebenso wie das politische und ökonomische System in dem sie agieren. Trotz historischer Kontinuitäten können die gegenwärtigen Erscheinungsformen und Transformierungen rechter Ansätze nicht einfach als Wiedergänger historischer Faschismen begriffen werden.

### **... und was hat der Standortnationalismus noch einmal mit dem Ganzen zu tun?**

Der völkische Nationalismus wie auch der Standortnationalismus sehen sich beide im Dienste der Standortsicherung. Trennend sind sie nur im Grade der nationalen Exklusion der vermeintlich „Anderen“. Strache ist nicht ohne Fekter zu haben, Mitterlehner nicht ohne Vilimsky – die „multikulturelle Fangemeinde“ nicht ohne die tüchtigen Retter\*innen „unserer Heimat“. Denn die Kulturarisation sozialer Konflikte geht mit einer Verschärfung des „Kulturkampfes“ Hand in Hand.

Der fordistische Wohlfahrtsstaat wurde vom Neoliberalismus zu Boden geworfen, und als er sich schon nicht mehr rührte kam die bitterböse Krise und trat auf ihn ein. Die Aussicht, dem vermeintlich erfolgsverwöhnten Kapitalismus doch noch ein menschliches Antlitz zu verpassen, geht in der aktuellen Entwicklung flöten. Vom „Ende der Geschichte“ ist schon länger nichts mehr zu hören.

Dass der ekelhafte Chauvinismus der Standortnationalist\*innen dabei noch als „menschenfreundlich“ im Vergleich zu den völkischen Hirngespinnsten der „wahren Österreicher\*innen“ wahrgenommen wird, zeugt einmal mehr davon, dass mit vermeintlich humanitärer Nächstenliebe nicht viel aus der kapitalistischen Veranstaltung rauszuholen ist. Am Standortnationalismus erfreut sich die in der eigenen Multikulturalität ertrinkende soziale Elite, und ihr doch eher der Realität entsprechender Sozialchauvinismus. Die Herzen der Abendland-Fangemeinschaft entzündeten sich allerdings eher am völkischen Nationalismus. Standortnationalismus und völkischer Nationalismus trennen nur die Argumente – sie eint, dass der Zweite nicht ohne Ersteren möglich ist.

### **Jedes Jahr dieselbe Scheiße: Staat, Nation und Kapital.**

Die zum „Kampf der Kulturen“ hochstilisierten Konflikte werden auch im Jahr 2011 weiter gehen – alle Jahre wieder eben. Und nicht nur dieses „Geschenk“ bringt uns das neue Jahr. Es hält noch eine weitere Überraschungstüte für uns bereit: den WKR-Ball 2011. Dieser wird vermutlich auch dieses Jahr einen Streit mit den österreichischen „Ordnungshüter\*innen“ um eine antifaschistische Demonstration in dem von „Terror“ geplagten „roten“ Wien mit sich bringen. In dieser Stadt werden ja bekanntlich Mistkübel gezündelt und Tierrechtler\*innen bedrohen die nationale Sicherheit. Das schlimmste allerdings am kommenden Jahr ist der noch immer bis zum Himmel stinkende Normalbetrieb.

Immerhin, Rot-Grün verleiht der täglichen Ausbeutung einen „ökologischen Anstrich“ und bringt uns ein paar weitere Verkehrskreisel. Für die autonome antifa [w] hingegen ist die weitere Existenz Österreichs, die bis in den Wahn getriebene Identifizierung mit der Nation, oder der idiotische Arbeitswahn Grund genug um Dampf gegen diese Scheiße abzulassen. Die Burschenschafter sollten von dem ganzen Spektakel nicht allzu weit verortet werden, denn so weit die Standortnationalist\*innen die völkischen Freaks abseits des „normalzulässigen“ Nationalismus sehen, so eng knüpfen diese doch an diese „normalen“ Denkmuster an.

Studentische Verbindungen schweben nicht im luftleeren Raum, sondern sind als Zuspitzung bürgerlich-kapitalistischer Wertvorstellungen zu verstehen. Sie sind Teil jener eingebildeten „Elite“ der bürgerlichen Gesellschaft, aus deren Verfasstheit Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus und Sexismus täglich aufs Neue entstehen.

Jene bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist es dann auch die trotz aller moralischen Aufgeladenheit in den toten Flüchtlingen an den Grenzen der Festung Europa zu sich selbst findet. „Das Boot ist voll!“ – so das Motto militanter Neonazigruppen in Österreich. Eine Sichtweise die bürgerliche Demokrat\*innen zwar nicht offen aussprechen wollen, aber dennoch so fest in ihrem Bewusstsein verankert ist, wie die scheinbare Notwendigkeit „unsere Grenzen“ vor „Ostbanden“ schützen zu müssen, oder Menschen ohne Papiere Richtung „Heimat“ zu schicken. Denn eben jener Staat ist es, der als Sachwalter der kapitalistischen Konkurrenz, als Garant für die formelle Freiheit und Gleichheit „seiner“ Staatsbürger\*innen verantwortlich ist, und somit täglichen Ausschluss „der Anderen“ produziert. Die bürgerliche Freiheit bedeutet nicht nur die zunehmende Kriminalisierung linksradikaler Aktivitäten, oder die existenzielle Bedrohung für Menschen die nicht in das System passen, sondern dient auch als Garant für lebenslangen Konkurrenz- und Arbeitsterror für alle.

### **Der Scheiße entgegen treten. Heimat angreifen!**

Der diesjährige Protest richtet sich also nicht nur gegen die Burschenschafter, sondern gegen jenen Betrieb als deren „Elite“ sie sich gerne sehen. Wir spielen dabei nicht mit, wenn bürgerliche Parteien den Standort Österreich oder das „multikulturelle“ Wien retten möchten, und in ihrem Totalitarismus-Wahn „Rechts“ als Gegenpart zu den linksradikalen „jugendlichen Gewalttäter\*innen“ inszenieren.

Im Januar feiert die extreme Mitte das Jahr 2011: Ein Jahr an dem der Terror von Staat, Nation und Kapital wieder Mal von Neuem beginnt – mit oder ohne Burschenschafter.

In der idyllischen Alpenheimat werden die von Krisen geplagten Arbeitskraftbehälter einmal mehr zum „gemeinsamen Volk“ zusammenrücken. Die von außen kommenden „Feinde“, seien es „gierige Manager\*innen“ oder nicht arbeiten wollende „Ausländer\*innen“ werden erneut aufs Podest der „Schmarotzer“ und „Ausbeuter“ gehoben. Das Heil wird weiter in der herbei halluzinierten Sozialdemokratie gesucht, dem untergehenden Sozialstaat einmal mehr mit weinendem Auge nachgetrauert. – Taschentücher halten wir freudig bereit. – Auch für das große Gedenken zum Jubiläum des am 22. Jänner 1911 geborenen österreichischen „Halbgottes“, Bruno Kreisky.

Antifaschismus bedeutet für uns ein notwendiges Übel, er speist sich gerade in Österreich aus der Reflexion des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus hat bewiesen, dass es etwas weit schlimmeres als die bürgerliche Demokratie gibt – die Burschenschafter stehen dafür. Sie vernichten die Aussicht auf menschliche Emanzipation endgültig, wird ihnen nicht entschlossen entgegen getreten. Dennoch begreifen wir sie als Produkte der bürgerlichen Demokratie. Aber auch dieser Betrieb, der mordende Kapitalismus mit all seinen Zumutungen, stellt bereits einen Skandal für sich da.

Die derzeitigen sozialen Einsparungen, die brutale staatliche Abschiebungsmaschinerie, die lebenslange Konkurrenz haben mit einer ernst zu nehmenden freien Gesellschaft nichts zu tun. Einer linksradikalen Kritik, die längst am Boden der eigenen Ohnmächtigkeit angelangt ist, steht der stetig wachsende Anstieg des Einflusses nationalistischer Bewegungen gegenüber. Dem nicht genug, schaffen es soziale Bewegungen kaum den staatlichen Einsparungen, Abschiebungen oder der

polizeilichen Repression etwas entgegen zu halten. Nichtsdestotrotz halten wir an einer Gesellschaft jenseits von Staat, Nation und Kapital fest. Einer Gesellschaft, deren Produktion nicht dem irrationalen Selbstzweck von Profit unterliegt. Der Kampf gegen Burschenschaften und Konsort\*innen ist per se kein revolutionärer Kampf, sondern leider ein notwendiger. Doch mit dem Einsatz für die befreite Gesellschaft möchten wir diesen Kampf unnötig machen.

**Nie wieder Heimat, Volk und Vaterland!**

**Gegen jeden (Deutsch-)Nationalismus, gegen Österreich und seine Fans!**

*autonome antifa [w]*  
<http://antifaw.blogspot.de>

